

München, den 26.11.2018

Pressemitteilung

Inklusion muss möglich sein!

Seit 1996 sind Klassen der Rupert-Egenberger-Schule (Sonderpädagogisches Förderzentrum Unterschleißheim) dezentral an Grundschulen in zwei Gemeinden des nördlichen Landkreises untergebracht. Dies hat zum einen den Vorteil, dass die Kinder wohnortnäher die Schule besuchen können, zum anderen wurde damit dem Inklusionsgedanken Rechnung getragen.

Durch den verstärkten Zuzug in die Landkreisgemeinden steigen auch die Zahlen der Grundschüler, die beiden Kommunen benötigen nun selbst ihre Klassenräume. Für die Klassen des Sonderpädagogischen Förderzentrums ist kein Platz mehr. Aus diesem Grund haben sich die Rektorinnen der Rupert-Egenberger-Schule nun an das Landratsamt gewandt. In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Ausschuss für Bauen und Schulen damit beschäftigt.

Sachaufwandsträger für Grundschulen sind die Gemeinden, für Förder- und weiterführende Schulen der Landkreis. Aus diesem Grund sind die Förderklassen an den klassischen Grundschulen in der rechtlich schwächeren Position, sie sind dort sozusagen Gast.

Grünen-Kreisrätin Gudrun Hackl-Stoll plädierte in der Sitzung dafür, dass sich der Landkreis an einem Grundschulneu- oder Umbau finanziell beteiligen sollte, damit der Verbleib der Diagnose- und Förderklassen an einer klassischen Grundschule gesichert ist. So könne Inklusion im Schulalltag gelebt werden.

Ein landkreiseigener zusätzlicher Bau, wie von den Rektorinnen angeregt, würde zum einen mehr Gelder binden, zum anderen ist es fraglich, ob es gelingt, ein Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Grundschule zu finden, um Kooperationen zwischen beiden Schulen möglich zu machen.

Das Prinzip der Partnerklassen, bei dem gemeinsame Projekte durchgeführt werden, Pausen und z.B. auch Sportunterricht gemeinsam gestaltet werden kann, wäre dadurch gefährdet, erklärt Hackl-Stoll. „Inklusion muss möglich sein, beide Seiten profitieren davon“, schloss sie.

gez. Christoph Nadler

gez. Gudrun Hackl-Stoll